



**Rede des CDU-Fraktionsvorsitzenden Dr. E. h. Fritz Brickwedde
zum Nachtragshaushalt 2017 in der Sitzung des Rates der Stadt Osnabrück
am 14. März 2017**

Viele glauben, dass wir wegen guter Gewerbesteuerzahlungen und einem Plus im Haushalt finanziell über den Berg seien. Das ist jedoch mitnichten der Fall.

Denn:

Die Stadt Osnabrück hat eine Gesamtverschuldung von 515 Millionen Euro.

Das heißt:

Jeder Osnabrücker ist mit 3.121 Euro verschuldet, vom Baby bis zum Greis.
Auf eine Familie entfallen 10 – 15.000 Euro kommunale Schulden.

Hinzu kommt:

Wir gehen von einem durchschnittlichen Liquiditätskreditbestand von 125 Millionen Euro in 2017 aus.

Zusätzlich zur Überziehung des Girokontos liegt der langfristige Finanzierungsbedarf für Stadt und Eigenbetriebe 2017 bei rund 37 Millionen Euro.

Wir haben ein Zinsänderungsrisiko.

Bei 1 Prozent Steigerung ist das schon ein Millionenbetrag.

Steigen die Zinsen, gibt es zusätzlich das Risiko sinkender Gewerbesteuereinnahmen, da unser Wachstum überwiegend fremdfinanziert ist.

Machen wir so weiter, brauchen wir 16 Jahre bis zum Abbau aller Altfehlbeträge in der Bilanz.

Mit der Konsolidierung werden es einige Jahre weniger sein.

Solide Finanzen gehören zum Markenkern der CDU.

Steuererhöhungen wie die SPD sie will, lehnen wir ab. Wir wollen weder eine Erhöhung der Gewerbesteuer noch der Grundsteuer.

Höhere Einnahmen bei Gewerbe- und Grundsteuer erreichen wir gerade nicht durch Steuererhöhungen, sondern durch 3.000 neue Wohnungen und zusätzliche Gewerbegebiete.

Neue Einwohner für Osnabrück bringen zudem höhere Zuweisungen im Rahmen des Finanzausgleichs.

Bereits im Dezember 2014 hat der Rat auf unseren Antrag beschlossen, die planungsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, 2.500 – 3.000 zusätzliche Wohneinheiten zu erreichen.

Der neue Rat hat auf unseren Antrag die Zahl von 3.000 zusätzlichen Wohneinheiten bis 2020 beschlossen.

Im Nachtragshaushalt können wir deshalb 1,4 Millionen Euro zusätzliche Einnahmen durch zusätzliche Bauflächen, Einwohnerwachstum und zusätzliche Gewerbegebiete ansetzen.

Diesen Nachtragshaushaltsplan machen wir, um sicher zu stellen, dass wir 5 Millionen Euro Landesmittel erhalten durch Strukturverbesserungen unseres Haushaltes.

Deswegen plädieren wir dafür, es heute auch bei diesem Thema zu belassen und Forderungen von der Kultur über die Frauenberatung bis zur Beamtenleistungszulage im Rahmen der ordentlichen Haushaltsberatungen, die in einem halben Jahr beginnen, zu entscheiden. Dann kann in Ruhe abgewogen und entschieden werden.

Als ehrgeiziges Ziel sollten wir 170.000 Einwohner Anfang der 20er Jahre erreichen. Wenn wir auf Entfaltung und Wachstum setzen, statt auf Drosselung durch Steuererhöhungen, werden wir als prosperierende Stadt mit Lebensqualität Erfolg haben.

Wir wollen eine Budgetentlastung durch Produktpriorisierung, Prozessoptimierung und Effizienzsteigerung erreichen und damit ab 2018 zusätzlich 250.000 Euro für den Haushalt erwirtschaften.

Wir werden auch dem Antrag der Grünen zustimmen, Konstensenkungspotenziale in der Stadtverwaltung gezielt auszuschöpfen.

Hierbei geht es um eine Zukunftsaufgabe über mehrere Jahre.

Der Ertrag ist daher für den Nachtragshaushalt nicht in einer Höhe von 2,5 Millionen konkretisierbar. Aber in einem ersten Schritt sind 250.000 realistisch.

Beim Kita-Ausbau hat Osnabrück sehr große Fortschritte erzielt. Die Kehrseite der Medaille ist, dass sich der Beitrag der Stadt von 25 auf 50 Millionen verdoppelt, der Beitrag der Eltern verringert hat auf heute 11 % der Kosten.

Wenn wir nichts verändern, steigt der Beitrag der Stadt auf 52 Millionen.

2007 hat die CDU geführte Landesregierung von Ministerpräsident Christian Wulff das dritte Kindergartenjahr von Elternbeiträgen freigestellt. Das war ein großer Fortschritt in der frühkindlichen Bildung. Nur durch Christian Wulff konnte Osnabrück die Eltern von Beiträgen ab dem 2. Kind befreien.

Wenn es nach der CDU geht, wird ab 1. August 2018 nun auch das 1. und 2. Kindergartenjahr beitragsfrei gestellt.

Moderaten Erhöhungen der Stadt stehen wesentlich größere Entlastungen durch das Land gegenüber. Unter dem Strich werden alle Eltern, aber auch die Stadt Gewinner sein.

Die Mehreinnahmen der Stadt decken ausschließlich die Mehrbelastungen durch den weiteren Kita-Ausbau ab.

Wir werden heute noch über 200 neue Plätze mit Investitionen von 8,8 Millionen Euro beschließen.

Der Kämmerer hatte 3,5 Millionen Einsparungen bei den Kitas vorgesehen, wir nur 1,5 bis 2020/21.

Der Kämmerer hatte die Geschwisterregelung für 2018/19 vorgesehen, wir erst für 20/21. Bis dahin werden die Entlastungen des Landes längst gegriffen haben.

Wir kehren bei der Geschwisterregelung zum Stand vor 2007 zurück und praktizieren einen Elternbeitrag, wie er überall Standard ist: 50 % für das 2. Kind und alle weiteren Kinder beitragsfrei.

Die vorgesehenen Erhöhungen nehmen wir in Verantwortung für unsere Stadt, den weiteren Kita-Ausbau und die Sicherung der Qualität wahr.

Diese Verantwortung ist das Gegenteil von Populismus.